

Bildungsgrundeinkommen als soziales Bürgerrecht

Ralf Fücks & Rainald Manthe

Unsere Welt verändert sich in rasantem Tempo.¹ Was gestern noch sicher schien, kann sich morgen schon ändern. In den westlichen Gesellschaften ist eine wachsende Verunsicherung spürbar, die auch breitere Teile der Mittelschichten erfasst. Ein Teil der Bevölkerung reagiert mit Abwehr auf das Neue. Eine Mehrheit sieht eher pessimistisch als zuversichtlich in die Zukunft. Das ist der Boden für autoritäre, nationalistische und fremdenfeindliche Strömungen. Sie versprechen Sicherheit durch Rückzug in die nationale Wagenburg, durch Abschottung vor internationaler Konkurrenz und vor der Zuwanderung von Fremden. Identitäre Bewegungen völkischer oder religiöser Provenienz haben Zulauf. Die Proteste gegen Corona-Restriktionen waren der Treibsatz einer neuen Systemopposition.

Gesellschaften brauchen Sicherheit im Wandel

Vieles deutet auf eine wachsende soziale und kulturelle Polarisierung in westlichen Gesellschaften hin. In Zeiten rasanter Veränderungen wächst auch die Verunsicherung in breiten Schichten der Gesellschaft. Liberale Demokratien müssen das konservative Bedürfnis nach Sicherheit ernst nehmen, ohne eine Fortsetzung des Status quo zu versprechen. Wir können uns nicht gegen die großen Veränderungen unserer Zeit abschirmen, sondern müssen sie als *Gestaltungsaufgabe* annehmen.

Nicht Sicherheit durch Abschottung, sondern Sicherheit im Wandel *durch* Wandel muss die Leitlinie demokratischer Politik sein. Das

1 Eine erste Fassung dieses Beitrags erschien am 26.01.2021 in Der Tagesspiegel. <https://www.tagesspiegel.de/politik/zukunft-der-demokratie-1200-euro-fuer-jeden/26854188.html>

bedeutet mehr als bloße Anpassung an vermeintliche Sachzwänge. Wenn globaler Wettbewerb, technische Umwälzungen oder die massenhafte Zuwanderung von Menschen aus anderen Weltgegenden als bloße Naturereignisse erlebt werden, die über uns hereinbrechen, zerstört das die Legitimation liberaler Demokratien.²

Den Wandel gestalten heißt Menschen zu befähigen, mit technischen, sozialen, kulturellen Veränderungen Schritt zu halten, Prozesse politisch zu steuern und Märkte zu regulieren. Niemand soll den Umbrüchen in Wirtschaft und Gesellschaft schutzlos ausgeliefert sein, alle haben den Anspruch auf Solidarität und Teilhabe.

Zugleich kommt es entscheidend darauf an, der Spaltung unserer Gesellschaften in Gewinner und Verliererinnen des technischen, kulturellen und ökologischen Wandels entgegen zu wirken. Sie untergräbt das Versprechen der liberalen Demokratie auf gleiche Freiheit für alle. Wenn wachsende Unsicherheit mit wachsender Ungleichheit zusammentrifft, entsteht eine explosive Gemengelage. Politik muss Chancen für alle Schaffen, ihr Leben selbst zu gestalten – für welche Gestaltung auch immer sie sich entscheiden.

Arbeit wird sich zentral verändern

Arbeit ist zentral im Leben vieler Menschen. Sie vermittelt Einkommen und Wertschätzung, stiftet Sinn, schafft Werte und ermöglicht Selbstverwirklichung. Die Arbeitswelt steht im Zentrum des ökonomisch-technischen Strukturwandels. Er wird sich in den nächsten Jahren noch beschleunigen. Die Digitalisierung führt zu massiven Umbrüchen am Arbeitsmarkt. Die Spanne, die verschiedene Studien aufmachen, liegt zwischen der Gefährdung von 43 Prozent der heutigen Tätigkeiten und der Entstehung von 18 Millionen neuen Arbeitsplätze in Deutschland. Ein zweiter Megatrend kommt hinzu: Der Klimawandel erzwingt die ökologische Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft. Der Energiesektor verändert sich von Grund auf, die Automobilbranche ist im Umbruch, neue Berufsbilder entstehen. Unerwartete Einschlüsse wie die Coronapandemie oder geopolitische Krisen verstärken das Grundgefühl einer unsicheren Zukunft. Die Weltwirtschaft verändert sich

2 Zentrum Liberale Moderne (Hg.): Abschlussbericht der Kommission Sicherheit im Wandel – Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Zeiten stürmischer Veränderungen, Berlin 2019.

dadurch schlagartig, Produktionen werden nach Europa zurückverlagert, Arbeitskräfte in neuen Bereichen werden dringend gesucht. Ein eklatanter Arbeitskräftemangel zeichnet sich etwa im Bereich grüner Energie ab.

Bildung und Weiterbildung sind zentral, um Menschen Sicherheit im Wandel zu geben: Sie befähigen die Einzelnen, mit rapiden Veränderungen Schritt zu halten und ihr Leben in die Hand zu nehmen. Bildung muss auf einen souveränen Umgang mit Veränderungen vorbereiten; Weiterbildung kann Brüche in der Berufsbiografie abfangen und neue Perspektiven eröffnen.

Um den auf uns zurollenden Strukturwandel zu bewältigen und einer möglichst großen Zahl von Menschen die Chance auf berufliche Weiterentwicklung zu geben, braucht es Weiterbildung in großem Stil. Allein: Der Sektor ist unübersichtlich, die Finanzierungsinstrumente so aufgesplittet wie bürokratisch.

Vom Bildungsurlaub über »Arbeitslosengeld Q«, von berufsspezifischen oder betrieblichen Programmen bis zum Erwachsenen-BAföG und im neuen Koalitionsvertrag das Lebenschancen-BAföG gibt es viele spezielle Regelungen und noch mehr Ideen, Weiterbildung zu finanzieren – und doch keine, die auf den gesellschaftlichen Strukturwandel ausreichend reagiert. Die Zergliederung der Zugangsregeln führt auch dazu, dass Weiterbildung nicht als zielgerichtetes Instrument zur Bewältigung von Zukunftsaufgaben eingesetzt werden kann. Selbst, wenn man gern breit investieren würde – es fehlen schlicht die Instrumente.

Weiterbildung ist für viele Menschen bereits gelebte Praxis. Das Jahr über nimmt rund die Hälfte der Erwerbsbevölkerung an Lehrgängen, Schulungen und Kursen teil. Ein großer Teil entfällt dabei auf betriebliche Weiterbildung, nur ein kleiner Teil auf Bildungsmaßnahmen, die primär den persönlichen Neigungen und Interessen folgen. Gerade dieser Teil wird im Strukturwandel jedoch immer wichtiger.

Ein weiterer wichtiger Befund lautet: Weiterbildung ist ungleich verteilt. Sie ist vor allem eine Domäne höher qualifizierter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in besser abgesicherten Berufen und größeren Betrieben. Auch regional bestehen große Unterschiede, wie die Bertelsmann-Stiftung in ihrem »Weiterbildungsatlas« zeigt.³ Finanziert wird Weiterbildung bisher

3 Bertelsmann Stiftung (Hg.): Deutscher Weiterbildungsatlas. Teilnahme und Angebot in Kreisen und kreisfreien Städten, Gütersloh: Bertelsmann-Stiftung 2018.

zu mehr als zwei Dritteln privat, also durch Betriebe und Privatpersonen. Der Staat übernimmt nur einen kleineren Anteil der Finanzierung.

Ein Bürgerrecht auf Weiterbildung

Aus all diesen Gründen brauchen wir eine andere Weiterbildungsfinanzierung. Eine, die es einer größeren Zahl von Menschen erleichtert, sich beruflich weiterzuentwickeln und die ihnen die Chance eröffnet, in ihrem Leben auch noch einmal etwas ganz anderes zu machen.

Wir schlagen deshalb ein Bildungsgrundeinkommen (BGEK) vor.⁴ Es realisiert ein Recht auf Weiterbildung und unterfüttert es mit einem Freistellungsanspruch und einer finanziellen Grundsicherung.

Das BGEK kann bis zu 36 Monate im Verlauf des Erwerbslebens bezogen werden. Die Interessierten erhalten eine qualifizierte Weiterbildungsberatung. Wichtig ist: Sie können frei entscheiden, wofür sie das Grundeinkommen verwenden. Die Beratung müssen sie zwar in Anspruch nehmen, sie sind aber nicht an deren Ergebnis gebunden. Das stärkt die Freiheitsgrade, lässt sie aber nicht blind durch die Vielzahl der Angebote laufen. Gerade für Menschen, die Bildung und Weiterbildung nicht als selbstverständlichen Teil ihres Lebens ansehen, kann ein qualitativ hochwertiges und leicht zugängliches Beratungsangebot den Ausschlag für eine Weiterbildung geben.

Wichtig ist nur: Es muss sich um beruflich verwertbare Qualifikationen handeln. Die Bildungsmaßnahme muss mindestens drei Monate am Stück dauern, auch um den Verwaltungsaufwand in vertretbaren Grenzen zu halten. Durch begleitende Maßnahmen wie eine bundesweite Zertifizierung wird die Vergleichbarkeit der Weiterbildungsangebote verbessert. Zugleich ist es wichtig, die Qualität der Angebote stetig zu verbessern, etwa durch angemessene Investitionen in Struktur und vor allem Personal.

Die Empfänger des Bildungsgrundeinkommens erhalten pauschal 1200 Euro im Monat. Dazu kommen ergänzende Zuschläge für Kinder oder besondere Beeinträchtigungen. Kurs-, Material- und Fahrtkosten werden übernommen und die Sozialabgaben während der Bezugsdauer weiter-

4 Vgl. Zentrum Liberale Moderne: Das Bildungsgrundeinkommen. Vorschlag für eine neue Weiterbildungsfinanzierung, Berlin 2021.

gezahlt. Damit wird sichergestellt, dass man bei der Rente später nicht schlechter dasteht als ohne Weiterbildung.

Dennoch wird das unter dem Strich für viele eine kurzzeitige Schlechterstellung bedeuten, sodass Rückgriffe auf eigene Ersparnisse oder Zuschüsse des Arbeitgebers zur Sicherung des Lebensstandards erforderlich sind. Weiterbildung ist auch eine Investition in die eigene Zukunft, die sich für die allermeisten auszahlt. Geringverdienende werden dagegen kaum weniger Geld haben als zuvor – was ihre Bereitschaft zur Weiterbildung erhöhen könnte. Die einfache Zugänglichkeit des Instruments soll weitere Hürden abbauen.⁵

Höhere Steuereinnahmen würden das Bildungsgrundeinkommen teilweise refinanzieren

Finanziert wird das Bildungsgrundeinkommen aus Steuermitteln. Das ist aufgrund der immensen Bedeutung von Weiterbildung für die Bewältigung des Strukturwandels und ihrer positiven Effekte auf Produktivität und Beschäftigung angemessen. Ein guter Teil der Ausgaben wird sich durch höhere Steuereinnahmen bzw. geringere Aufwendungen für Arbeitslosigkeit mit der Zeit refinanzieren.

Ein Bildungsgrundeinkommen wird einer deutlich größeren Zahl von Menschen ermöglichen, sich beruflich weiterzuentwickeln oder sich neu zu orientieren. Dabei sind sie weder den oft kleinteiligen Programmen unterworfen noch an die Präferenzen ihres Arbeitgebers gebunden. Sie können frei entscheiden, welche Richtung sie ihrem Leben geben wollen. Mit seiner niedrigen Zugangsschwelle und der finanziellen Grundsicherung kann das Bildungsgrundeinkommen mehr Menschen motivieren, sich weiterzubilden.

5 Siehe dazu die neue Machbarkeitsstudie im Auftrag von Bertelsmann-Stiftung und Zentrum Liberale Moderne: Prognos: Wege zu einem zukunftsfähigen Weiterbildungssystem. Die Umsetzung eines Bildungsgrundeinkommens, Berlin 2022.

Jeder sollte sein Leben selbst in die Hand nehmen können

Das Bildungsgrundeinkommen hat großes emanzipatorisches Potential. Es birgt die Möglichkeit zu mehr Selbstbestimmung in einer Welt rascher Veränderungen. Ein finanziell abgesichertes Recht auf Weiterbildung ist nicht nur eine Investition in das »Humankapital«. Es stärkt die Fähigkeit, sein Leben selbst in die Hand zu nehmen und damit auch das Vertrauen in die liberale Demokratie. Auf internationaler Ebene könnte ein Bildungsgrundeinkommen beispielsweise über Fonds für Weiterbildung finanziert werden, wenn Ländern die Finanzmittel fehlen, dies selbst zu stemmen.

Das Bildungsgrundeinkommen ist ein Beispiel dafür, wie Politik Sicherheit in Zeiten rasanten Wandels sicherstellen kann. Es gibt Menschen Zeit, Geld und Beratung an die Hand, um sich selbstständig weiterzuentwickeln. Es ist leicht zu verstehen und zugänglich, es ermöglicht selbstbestimmte Entscheidungen und vermittelt zwischen den Bedürfnissen nach Sicherheit und Freiheit.